

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugpreis: Monatlich 30 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüdelsstraße 16
Fernsprecher S.-N. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Leistungssteigerung in der Eisenindustrie

In keiner Industrie hat die Rationalisierung der Betriebe in so kurzer Zeit zu solchen Erfolgen geführt als in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie. Es dürfte auch sonst die Leistungssteigerung nirgends in solchem Maße in Erscheinung treten wie hier. Das Jahr 1926 zeichnet sich darin aus, daß das ganze Jahr hindurch eine große Anzahl von Metallarbeitern arbeitslos war. Und während der Arbeitsmarkt derartig krisenhafte Momente zeigte, stieg in den arbeitenden Fabriken die Produktion, teilweise wurden sogar Überstunden in großem Umfang geleistet. Ein Widerspruch scheinbar. Die eisenzeugende Industrie bietet den Vorteilen der Produktion durch die allmonatlich veröffentlichten Statistiken genau verfolgt werden kann. Es soll deshalb nachstehend versucht werden, die Leistungssteigerung der Eisen- und Stahlerzeugung statistisch nachzuweisen. Wir fügen zum Vergleich die Zahlen vom Jahre 1925 und, soweit es möglich ist, die vom Jahre 1913 bei.

Jahr	Roheisenerzeugung				Rohtonahlerzeugung			
	zusammen		je Kopf		zusammen		je Kopf	
	in 1000 t	in vH v. 1913	in kg	in vH v. 1913	in 1000 t	in vH v. 1913	in kg	in vH v. 1913
1925								
1. Viertelj.	925	101,6	14,80	97,5	1182	120,5	17,91	109,5
2. "	983	102,5	14,93	98,4	1096	111,7	17,54	107,3
3. "	796	87,5	12,74	84,0	957	95,6	14,99	91,7
4. "	740	81,3	11,84	78,1	856	87,3	13,70	83,8
1926								
1. Viertelj.	679	74,6	10,82	71,8	852	86,9	13,58	83,1
2. "	708	77,8	11,27	74,8	914	98,2	14,55	89,0
3. "	883	91,5	13,23	87,2	1102	112,3	17,51	107,1
Oktober	935	102,7	14,84	97,8	1174	119,7	18,63	118,9
November	983	108,0	15,59	102,7	1257	128,1	19,94	122,0

In der ersten Hälfte des Jahres 1925 hatte die Schwerindustrie bekanntlich einen guten Gang, wie auch aus vorstehenden Zahlen ersichtlich ist. In der zweiten Hälfte macht sich bereits eine Krise bemerkbar, die im ersten Vierteljahr 1926 ihren Tiefstand erreichte. Von da ab begann ein langamer Aufstieg, der sich am Schlusse des Jahres in einen stürmischen Hochgang veränderte. Die Fördermenge übertraf die des letzten Friedensjahres sehr wesentlich, namentlich soweit die Rohtonahlerzeugung in Frage kommt. Um das zu erkennen, ist es notwendig, die Entwicklung der Tagesleistung des einzelnen Arbeiters zu verfolgen.

Jahr	Roheisenerzeugung		Rohtonahlerzeugung	
	Arbeitsstätt. Erzeugung	Tagesleisg. je Arbeiter	Arbeitsstätt. Erzeugung	Tagesleisg. je Arbeiter
	Januar 1925 = 100			
1925 Monatsdurchschnitt				
1. Vierteljahr	105,1	101,1	102,8	101,6
2. "	104,8	96,3	97,8	95,9
3. "	88,4	87,8	78,1	87,3
4. "	92,2	91,6	74,0	94,2
1926				
Januar	75,9	90,2	69,7	96,9
März	78,8	99,9	77,4	108,7
Mai	80,9	103,9	82,5	117,1
Juli	84,4	106,4	83,1	118,8
September	99,9	127,1	96,8	133,4
November	111,7	123,8	110,7	137,6

Diese Zahlen, die wir dem Bericht der Reichsreditgesellschaft entnehmen, sind außerordentlich lehrreich; sie zeigen, wie schnell die Entwicklung der Tagesleistung je Arbeiter gestiegen ist. Da der Monat Januar 1925 zugrunde gelegt wurde, wo eine gute Geschäftslage zu verzeichnen war und sogar die Produktion von 1913 übertrafen wurde, so zeigt die Leistungssteigerung im letzten Halbjahr 1926, in welchem Umfang die Betriebe technisch verbessert wurden. Aber nicht allein die Rationalisierung der Industrie, sondern auch die persönliche Leistung der Arbeiter in der Schwerindustrie hat zu diesem Ergebnis nicht unwesentlich beigetragen. Man beachte immer, daß diese Fördermenge von einer verringerten Belegschaft geleistet wurde. Beim Stahlwerk zum Beispiel trat in den Eisenwerken eine Verminderung der Arbeiterzahl von 76 653 am 1. April auf 74 534 am 1. November ein. Nach einer Aufstellung, die Dr. Reichert in dem bereits erwähnten Bericht der Reichsreditgesellschaft „Deutschlands wirtschaftliche Lage“ veröffentlicht, betrug die Ausnutzung der Leistungsfähigkeit der Stahlwerke im Januar 1926 53,6 vH, sie stieg stetig bis auf 93,1 vH im November.

Es ist natürlich sehr wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, wie sich der Eisenverbrauch im Inlande gestaltet hat. Dafür finden wir in dem eben erwähnten Bericht folgende Angaben:

Jahr	Erzeugung	In 1000 Tonnen		
		Stahl	Ausfuhr	Inlandsverbrauch
1925 Monatsdurchschnitt	1196	116,8	230,0	1092,8
1926				
Januar	385	63,6	321,8	673,8
März	1076	63,3	391,1	747,2
Mai	1019	81,5	389,0	760,5
Juli	1164	92,8	396,6	860,2
September	1289	120,6	384,9	1024,7
November	1438	135,2	405,2	1168,0

Im Monatsdurchschnitt 1926 lag der Inlandsverbrauch unter dem des Vorjahres. Höher war allerdings die Ausfuhr von

Eisen und Stahl. In den letzten Monaten überstieg der Inlandsverbrauch den des Jahres 1925. Dies deutet auf eine stärkere Beschäftigung der Eisenverarbeitenden und namentlich der Maschinenindustrie hin. Die Gesamtproduktion des verflochtenen Jahres wird in der Maschinenindustrie auf 85 vH und der Inlandsabfuhr auf 80 vH des vorangegangenen Jahres geschätzt. Wie der Auftragsbestand und die Beschäftigung in der Maschinenindustrie sich im Jahre 1926 gestaltet hat, geht aus den Berichten des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten hervor, die auszugsweise wiedergegeben folgendes bejagen:

Januar: Der Rückgang im Auftragsbestand und im Beschäftigungsgrad verlangsamt sich. April: Die Industrie erholt sich noch im Zustande der Depression. Schwankungen im Auftragsbestand und Beschäftigungsgrad. Juli: Gegenüber der vormonatlichen Weibung tritt wieder eine Abschwächung ein. Oktober: Lebhaftere Anfragetätigkeit aus dem In- und Auslande, aus der auch eine Zunahme des Auftragsbestandes hervorgeht. November: Keine Anfragetätigkeit vom Inlande. Zunahme des Auftragsbestandes. Günstige Entwicklung des Beschäftigungsgrades.

Die Reichsreditgesellschaft macht zu diesen Angaben folgende aufschlußreiche Bemerkungen:

„Deutschlands eigene Kapitalkraft und das damals zur Verfügung stehende fremde Kapital reichten zu einer schnellen Ausmerzung maschinentechnischer Mängel, die sich im Jahre 1925 zeigten, nicht aus, um so mehr, als zugleich beträchtliche Lebensmittelmengen und außerdem übergroße Lageranhäufungen bedeutende Summen absorbierten. Gegen Ende 1925 und im Anfang 1926 sah sich die deutsche Industrie zu großer Zurückhaltung bei Investitionen gezwungen und bemühte sich, ihre Leistungsfähigkeit durch betriebsorganisatorische Verbesserungen zu steigern. Die inzwischen eingetretene Besserung der Lage auf dem Kapitalmarkt erleichtert jetzt auch die Fortführung der maschinentechnischen Reorganisation. Die Maschinenfabriken weisen deshalb zu Anfang 1926 sinkende und nach einiger Zeit auf relativ niedrigem Stande verharrende Beschäftigung auf. Im 3. Quartal hat aber allenthalben eine stärkere Nachfrage nach arbeitssparenden Maschinen eingeleitet. Die Zeit des Zehrens vom Vorhandenen ist vorüber und eine Periode neuer Investitionen hat begonnen.“

Betrachtet man die Gesamtheit der Erzeugung der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie, so ist festzustellen, daß sie die Krise zum größten Teil überwunden hat. Zu diesem Ergebnis hat der englische Bergarbeiterstreik wesentlich beigetragen. Die Leistung des einzelnen Arbeiters wird wohl überall gestiegen sein. Damit ist der Beweis erbracht, daß der geschäftliche Aufschwung auf Kosten der Arbeiter geht und sich überdies eine zur übergeliebene Entlohnung zeigt. Aufgabe der Metallarbeiter wird es sein, ihre Organisation soweit zu verbessern, daß die Lohnverhältnisse mit der Geschäftslage in Einklang gebracht werden können. Und da ist sehr viel nachzuholen.

Kapitalistische „Gesundung“

Mit einer gewissen naiven Schamlosigkeit bestätigen die Neujahtsrückblicke der bürgerlichen Presse, was an dieser Stelle stets gesagt worden ist. So zum Beispiel heißt es in der Frankfurter Zeitung am 31. Dezember: „Die deutsche Wirtschaft hat im Jahre 1926 über Depression und langsame Gesundung hinaus den Übergang zum Aufstieg gefunden.“ Und ihren wirtschaftlichen Jahresrückblick betitelt dieselbe Zeitung „Rekonvaleszenz“, zu deutlicher Wiedergesundung. Auf denselben Ton sind die Jahresübersichten der gesamten bürgerlichen Presse gestimmt. Nach ihrer Ansicht ist also die deutsche Wirtschaft wieder gesund geworden oder mindestens im Gesundwerden begriffen. Diese Ansicht stützt sich namentlich auf das starke Steigen der Aktienkurse und auf die recht ansehnlichen Dividenden, die den Aktionären wieder ausbezahlt werden. Wenig macht es daneben den Vertretern des besitzenden Bürgertums aus, daß die immer noch riesengroße Arbeitslosigkeit im Dezember wieder gestiegen ist.

Als von März des vorigen Jahres an die Arbeitslosigkeit abnahm, ging ein Aufwachen der Befriedigung durch die bürgerliche Welt, und man tat geschildert so, als ob nun alles in Ordnung wäre und man sich um die Arbeitslosigkeit weiter nicht mehr zu kümmern brauche. Dabei betrug die Zahl der untersten Erwerbslosen, wie unsere Leser wissen, selbst bei ihrem tiefsten Stande immer noch 1 300 000. Eine ungeheure Summe von Geld, wenn man sie mit den Zahlen der früheren Jahre vergleicht. Aber was macht das? Die Zahl nahm ja ab und man gab sich einfach der Erwartung hin, daß sie immer weiter abnehmen werde. Im Oktober erschien von amtlicher Stelle jener zum mindesten höchst sonderbare Aufsatz, der die Sache mit sogenannter „höher Wissenschaftlichkeit“ betrachtete: man müsse nun abwarten, ob bis zum Jahreschluss die Zahl der Erwerbslosen weiter sinken oder wieder steigen werde. Etwa so, wie ein Chemiker kühl und persönlich unbeteiligt in die Retorte blickt und abwartet, was bei seinem Versuch herauskommen wird. Rührer berührt den saften Bürger das entsehlige Geld der arbeitslosen Millionen nicht.

Eingetreten ist natürlich das, was jeder Kenner der wirtschaftlichen Zusammenhänge voraussah. Schon bis zum 15. Dezember war die Gesamtzahl der Unterstufen wieder auf nahezu 1 500 000 angewachsen. Spätere Zahlen liegen in diesem Augenblick noch nicht vor. Aber es versteht sich von selbst, daß sie über der letztgenannten stehen werden. Das alles sieht den diebischen Zeitgenossen von der bürgerlichen Presse nicht an, für ihn ist die Wirtschaft gesund geworden, weil die Aktionäre und noch mehr die Börsenspekulanten wieder reichlich Profite einfassen. Will man ein noch deutlicheres Beispiel dafür, daß die Arbeiter, die alle Werte erzeugen, für den richtiggehenden Bourgeois nicht zur Wirtschaft zählen?

Dabei ist die Rechnung natürlich durchaus falsch. Eine Wirtschaft, die immer größere Mengen der Volksgenossen in nicht zu ernähren vermag, sondern sie einfach aus der Produktion hinausschiebt, ist natürlich nicht deshalb gesund, weil eine Handvoll Kapitalisten so reichlicher bedacht werden. Das wäre etwa gerade so, wie wenn man einen Verkrüppelten gesund nennen wollte, der daran leidet, daß alle aufgenommene Nahrung zur Überentwicklung eines Gliedes dient, während der ganze übrige Körper verkrüppelt und verkümmert. Es handelt sich hier um weiter nichts, als daß der Kapitalismus die letzten verzweifeltsten Anstrengungen macht, sich zum Schaden der Gesamtheit am Leben zu erhalten. Die Gesamtproduktion auf die alte Höhe zu bringen und da zu halten, ist solange unmöglich, als wir diese Hunderttausende von Arbeitslosen und Nichtkäufern haben. So lebt er nur noch davon, daß er die Lebenshaltung der Arbeiterklasse tiefhält. Das geschieht durch Verlängerung der Arbeitszeit, schärfere Anspannung der Arbeiter (fliegendes Band), Tiefhaltung der Löhne, Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Über das sind Maßnahmen, die nur bis zu einer gewissen Grenze anwendbar sind. Die Kapitalisten werden es erleben, daß die „Gesundung“ ihrer Wirtschaft eines Tages ein Ende mit Schrecken nehmen wird.

„Fürsorgestaat und Selbstverantwortlichkeit“

Der Unterschied zwischen Deutschland und Amerika

In Nr. 25 der Vorjig-Zeitung hat ein Arbeiter der Vorjigwerke mit scharfen, ehrliche Verbitterung atmen den Worten die Ausführungen auf der Dresdener Reichsvorbandstagung der deutschen Industrie gebrandmarkt, die sich auf die staatliche Sozialpolitik beziehen und den jetzigen Staat als „Fürsorgestaat“ bezeichnen. Diesen prächtigen Aufschrei des einfachen Arbeiters beantwortet ein Betriebsdirektor, der Fachmann für Entgegnungsartikel auf Arbeiteraufsätze der Vorjigwerke mit so allgemeinen, abschließlich in moll getauchten Worten, die völlig an dem Kern des von dem Arbeiterkollegen aufgezeigten Problems, und zwar aus sehr durchsichtigen Gründen vorbeigehen. Der Betriebsdirektor hat das wichtigste in seiner Entgegnung vergessen, vergessen müssen, daß die deutschen Unternehmer niemals die Vorzüge der Selbstverantwortlichkeit der Arbeiter erlernet und infolgedessen auch nie diese Selbstverantwortlichkeit gewollt haben. Schon aus diesem Grunde mußte der Staat die „soziale Fürsorge“ in die Hand nehmen, für die die deutschen Unternehmer in der Anfangszeit der deutschen Industrieentwicklung nicht das geringste Verständnis aufbringen konnten und auch bis heute nicht aufgebracht haben. Das ist mit einem Satz der Wesensform. Alles andere, was der Herr Betriebsdirektor niederschreiben muß, ist nichts als eine schale Brüche, in der das Fleisch fehlt und daher nicht satt macht.

Über eine Stelle aus dem Aufsatz des Kollegen von den Vorjigwerken:

„Wenn die Unternehmer Löhne zahlen würden, daß es dem Arbeiter möglich wird, sich selbst gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit und auf Altersrente zu versichern, wie es in Amerika der Fall ist, dann brauchen die Unternehmer selbst überhaupt keine sozialen Lasten zu tragen, noch brauchte der Staat das zu tun.“

Ist uns doch ein Unfals, die freiwillige Sozialversicherung der amerikanischen Unternehmer ausführlicher zu schildern, und zwar an Hand einer Darstellung, die selbst aus Unternehmerrreisen stammt und zeigt, daß sie die amerikanischen Verhältnisse sehr genau kennen.

In Amerika besteht eine Sozialversicherung im deutschen Sinne nicht, aber die amerikanischen Unternehmungen haben in gewisser Beziehung eine eigene Sozialversicherung durchgeführt; es gibt alle auch bei uns vorkommenden Versicherungsarten, wie Unfall-, Kranken-, Invaliden-, Erwerbslosen-, Lebens- und Altersversicherung.

Die Unfallversicherung kann in gewissem Umfang als staatlich bezeichnet werden. In einigen Staaten wird die Versicherung aus einem staatlichen Fonds gezahlt, in anderen arbeiten die staatlichen Fonds mit den Rücklagen der privaten Versicherungsgesellschaften zusammen. Die Kosten der Versicherung sind verschieden; die Raten schwanken zwischen den verschiedenen Industrien und Versicherungsgesellschaften. In den letzten Jahren sind infolge Minderung der Unfälle die Raten in einigen Industrien herabgesetzt, in anderen infolge zunehmender Unfallhäufigkeit heraufgesetzt worden. Einige Staaten, wie Arkansas, Florida, Mississippi usw. haben keine gesetzliche Unfallversicherung. Die staatliche Unfallversicherung weist große Leistungen auf. So hat nach Professor Dr. W. Müller die Unfallversicherung des Staates Massachusetts in den 12 Jahren ihres Bestehens von 1913 bis 1924 insgesamt für 4735 Todesfälle, 1 766 284 übrige Fälle und für Medikamente und Krankenhausbehandlung 58 198 050 Dollar bezahlt. Der Unfallsatz einer der größten Autofabriken mit über 100 000 Arbeitern ist durch die vorbildlichen Unfallverhütungseinrichtungen auf weniger als 1 vH der Arbeiterzahl herabgesetzt worden.

Die übrigen Versicherungsarten sind den Unternehmungen überlassen. Es handelt sich um die sogenannte Gruppenversicherung der Unternehmungen, die ihre Angestellten und Arbeiter privat auf Unfall, Krankheit, Leben und Altersversicherung. Dies geschieht in der Regel kostenlos oder gegen Beiträge der Versicherten. Allgemein wird bei Eingehen der Gruppenversicherung auf Leben verlangt, daß mindestens 50 Angestellte oder Arbeiter einer bestimmten Beschäftigungsart oder Berufstätigkeit entweder mit oder ohne vorherige ärztliche Untersuchung versichert werden müssen. Die Police wird auf den Namen des Unternehmers ausgestellt. Soll die Versicherung für alle Berufsgruppen des betreffenden Unternehmens Geltung

haben, so müssen mindestens 75 vH der gesamten Belegschaft versichert sein. Nach den bisher vorliegenden Angaben haben gegenwärtig 1200 Firmen, die etwa 3 Millionen Angestellte beschäftigen, eine solche Lebensversicherung abgeschlossen, deren Gesamtwert sich auf etwa 4 500 000 000 Dollar beläuft. Die Versicherungsleistungen sind in ihrer Höhe durch Alter, berufliche Beschäftigung, Höhe der Versicherungssumme usw. bedingt. Die Beiträge belaufen sich durchschnittlich auf 10 bis 12 Dollar im Monat für je 1000 Dollar Versicherungssumme. In allen diesen Fällen wird die Versicherung nur von privaten Gesellschaften abgeschlossen.

Es geschieht aber auch, daß die Arbeiter gemeinsam, ohne ihre Fabrikanten, einen Vertrag mit einer Lebensversicherung abschließen. Die Gruppenversicherungen auf Krankheit und Unfall sind bisher in 81 Firmen abgeschlossen worden, die etwa 500 000 Leute beschäftigen. Die Versicherungsbeiträge sind verschieden nach Alter, Geschlecht und Beschäftigungsart. Für Betriebe, die weniger als 11 vH Frauen beschäftigen, kostet der Versicherungsbeitrag 1,50 bis 2 Dollar monatlich. Hierfür erhält der Versicherte im Krankheitsfall eine wöchentliche Unterstützung von 20 Dollar (= 84 M.).

Nach Prof. Dr. W. Müller ist der Gedanke der Krankenversicherung sehr weit verbreitet. So haben zum Beispiel 80 vH der größten Eisenwerke eine Krankenversicherung, von denen etwa ein Drittel sämtliche Beiträge selbst bezahlt, während bei den übrigen auch die Betriebsbelegschaft Zuschüsse in verschiedener Höhe leistet. Vielfach ist noch eine Sterbefürsorge verbunden. Die Selbstverwaltung der Versicherungseinrichtung durch die Beteiligten, also die Belegschaft, ist in weitestem Maße durchgeführt.

Die Altersversicherung ist in einigen Staaten Gesetz, und zwar hauptsächlich für die arbeitende Bevölkerung. Sonst wird sie vielfach von den Unternehmungen selbst eingeführt. Auch hier werden die Belegschaften zur Verwaltung weitgehend herangezogen. Es wird gewöhnlich ein Penfionsrat gebildet, der aus fünf von der Leitung ernannten Mitgliedern besteht. Dieser arbeitet die Bestimmungen aus, die der Zustimmung der Leitung unterliegen. Der Penfionsrat kann Angestellte auf eigenen Wunsch oder von sich aus in den Ruhestand versetzen, gewöhnlich mit einem Lebensalter von 65 Jahren nach 20 Dienstjahren, oder mit 60 Lebensjahren nach 30 Dienstjahren. Die Abwesenheit von sechs Monaten freiwillig oder von 12 Monaten infolge Krankheit oder Arbeitsmangel hebt den Anspruch nicht auf. Die Höhe der Rente darf den Betrag von 175 Dollar nicht übersteigen, aber auch in keinem Falle weniger als 27 Dollar im Monat betragen.

Neben diesen Versicherungen gibt es noch eine weit gelübte Selbstversicherung der Arbeiter, von denen nach Professor Dr. W. Müller 1924 213 Gesellschaften mit etwa 10,8 Millionen Mitgliedern bestanden und 1924 über 124 Millionen Dollar Unterstützung ausgezahlt haben.

Am 31. Dezember des Jahres 1925 betrug die Versicherungssumme der Gruppenlebensversicherung der sechs größten Gesellschaften (in Dollar):

The Metropolitan . . .	1 124 286 927	The Equitable . . .	609 930 544
The Travelers . . .	970 683 229	The Prudential . . .	368 192 438
The Aetna . . .	834 130 744	Connecticut General . . .	188 620 234

So liegen die Verhältnisse in Amerika. Wir haben es für notwendig gehalten, ohne im einzelnen auf das Für und Wider der amerikanischen Einrichtungen einzugehen, gerade aus Anlaß der Aussprache in der Vorjg-Zeitung einmal ausführlicher auf die Dinge einzugehen; denn die deutschen Unternehmer stellen es in der Öffentlichkeit immer so hin, als ob sie von den sozialen Lasten erdrückt werden, während die amerikanischen Unternehmer soziale Lasten nicht zu tragen brauchen. Die amerikanischen Unternehmer zahlen vierfach höhere Löhne und tragen auch teilweise noch die Lasten freiwilliger Sozialversicherung, nicht um der schönen Augen der Arbeiter willen, sondern aus der nüchternen Erwägung heraus, daß mit gesunden Arbeitern mehr erzeugt werden kann, und zweitens, weil gut bezahlte Arbeiter gute Abnehmer der Erzeugnisse sind. Lutus.

Die deutsche Autoindustrie hint

Gemein an dem Wesen, das man um die deutsche Automobilproduktion gemacht hat, könnte man auf den Gedanken kommen, daß die deutsche Automobilindustrie wieder ihre alte Hochstellung zurückgekommen hätte. Leider entspricht das nicht der Tatsache. Es scheint höchste Zeit zu sein, daß die Wirtschaftsführung in der deutschen Automobilindustrie dem Rechnung trägt. Vorwiegend sind jedenfalls die führenden Geister in der deutschen Automobilindustrie keineswegs geneigt, nach der technischen Umstellung auch die entsprechende organisatorische Umstellung vorzunehmen. Jedenfalls sind die zahlreichen Fertigungsbetriebe der Automobilindustrie in Deutschland ein warnendes Zeichen, nicht zu guter Letzt deshalb, weil man mit vollogener Sammlung neue Kapitalien in Betriebe hineinsteckt, die unter gewöhnlichen Verhältnissen, das heißt ohne den Schutz der Zollmauer, überhaupt nicht rentabel sind.

Vor uns liegt eine Zusammenfassung der National Automobile Chamber of Commerce New York. Danach beträgt die Weltproduktion im Jahre 1925 rund 4,5 Millionen Personen- und Lastkraftwagen. Betrachtet man, in welchem Maß die deutsche Automobilproduktion an der Weltproduktion beteiligt ist, die folgende Tabelle nimmt an,

Spiralturbine von 40 000 Pferdekraften

Zur Versorgung des württembergischen Staates mit elektrischer Kraft wird die Bundeskraft der Staates Champanne ausgebaut. Durch einen Kanal wird eine große Menge des Staates oberhalb der Stadt Sarralbe abgeleitet und durch ein Gefälle von 2 bis 33 Meter gewonnen. Auf oberhalb der Stadt kommt das Kraftwerk zu stehen, in dem durch 3, später 6 Spiralturbinen mit je 13 000 PS Leistung erzeugt wird, die für den Strom erzeugt werden.

Es bekannt, ist die Ausfertigung der 6 Turbinen Anlage der deutschen Champanne-Verder übertragen worden. Die Turbinen sind von der Firma Siemens & Halske in Berlin gefertigt und sind jetzt mit dem Bau des Kraftwerkes begonnen, nachdem die Anlage auf die 3 ersten Turbinen gegeben und damit die ersten Einheiten für das Kraftwerk fertiggestellt sind. Zwei der Turbinen werden von der Maschinenfabrik J. A. Schütz, Speyer, gebaut.

Die Turbinen werden bei dem Stützpunkte je rund 40 000 Pferdekrafte Leistung und haben eine Leistung von 100 Kubikmeter in der Stunde verdrängen. Das Wasser wird der Turbine durch eine Abzweigleitung zugeführt, die an ihrem Ende in ein kreisförmiges Spiralturbinen übergeht, das durch die Bildung von Wasser in der Turbinen für das Kraftwerk fertiggestellt sind. Zwei der Turbinen werden von der Maschinenfabrik J. A. Schütz, Speyer, gebaut.

daß die deutsche Produktion im Jahre 1925 rund 55 000 Wagen hergestellt hat. Von deutscher Seite werden allerdings höhere Zahlen genannt. Das deutsche Programm sah auch die Herstellung von ungefähr 200 000 Wagen vor. Man darf aber annehmen, daß dieses Programm höchstens zu einem Drittel ausgeführt worden ist, so daß die tatsächliche deutsche Erzeugung nur zwischen 55 000 bis 60 000 Wagen liegt. Danach ist Deutschland im Jahre 1925 eben mit 1,2 vH an der Weltproduktion beteiligt. Es steht damit an fünfter Stelle hinter Amerika mit 4 175 365 Wagen (27 vH), hinter Frankreich mit 177 000 (3,6 vH), England mit 176 197 (3,6 vH) und Kanada mit 161 340 Wagen (3,5 vH).

Gegenüber dem Jahre 1924 liegt für die deutsche Erzeugung eine Steigerung von rund 18 000 Wagen vor. Das will aber nichts sagen gegenüber dem aufgestellten Programm für 1925. Dieses sah, wie schon oben gesagt, rund 200 000 Wagen vor; man darf annehmen, daß die Leistungsfähigkeit der deutschen Automobilindustrie wohl über 200 000 liegt. Bedenkt man, daß für eine Leistungsfähigkeit von über 200 000 Wagen und für eine tatsächliche Produktion von ungefähr 55 000 bis 60 000 Wagen 30 größere Fabriken (wenn man die kleineren Ausschaltete) in Frage kommen, so wird die furchtbare Unrentabilität des deutschen Automobilbaus

Vermeidet Überstunden, denkt an die Arbeitslosen!

bedenkt. Darüber helfen glänzende Ausstellungen und Lobeshymnen einer gewissen Presse, m. i. H. der Sportpresse, nicht hinweg.

Der Schwerpunkt der unerfreulichen Entwicklung scheint in Deutschland auch auf dem Gebiet des Personenauto zu liegen. Bekannt ist ja, daß es gerade den deutschen Lastkraftwagen gelungen ist, wieder festen Fuß auf den Auslandsmärkten zu fassen. Es werden Wagen hergestellt, die technisch bemerkenswerte Fortschritte aufweisen und auch bezüglich des Preises auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig sind. Es hat sich auch die Ausfuhr von deutschen Lastkraftwagen im Jahre 1925 und auch im Jahre 1926 wesentlich gesteigert. Um so mehr fällt die Rückständigkeit des deutschen Personenauto ins Gewicht; denn der Ausfuhranteil der deutschen Produktion betrug im Jahre 1924 rund 12,8 vH. Er ist im Jahre 1925 auf 4,6 vH zurückgegangen. Dagegen hat sich der Ausfuhranteil der übrigen größeren Automobilherstellungsländer wesentlich erhöht. Die Dinge haben sich 1926 nicht gebessert.

Diese Zahlen enthalten Erfahrungen, die wir angesichts überlegter Beiträge gemacht haben. Sie reden eine eindringliche Sprache und stellen die unbedingte Notwendigkeit fest, die deutsche Automobilindustrie, besonders den Personenautoverkehr endlich leistungsfähig zu machen, was in erster Linie wohl den organisatorischen Zusammenfassung bedeutet.

Empfehlungen der Arbeitslosigkeit

Vom 15. Dezember bis zum 1. Januar ist die Zahl der männlichen Haupterwerbsfähiger von 1 311 000 auf 1 470 000 gestiegen, die der weiblichen von 236 000 auf 275 000, die Gesamtzahl von 1 467 000 auf 1 745 000. Die Zahl der Zuschlagsempfänger ist im gleichen Zeitraum von 1 597 000 auf 1 963 000 gewachsen.

Wie dazu von amtlicher Seite verlautet, sind die Erwerbslosen zahlen in den rein ländlichen Gebieten viel stärker gestiegen als in den städtischen und industriellen, zum Beispiel in Rheinland-Westfalen. Darin kommt preislos bis zu einem gewissen Grad die saisonmäßige Beschäftigung des Arbeitsmarktes zum Ausdruck. Es wäre jedoch sehr verfehlt, in der Forderung auf die Bekämpfung des Arbeitsmarktes in der Landwirtschaft gegen Ende Februar über den Ernst der Lage der Arbeitslosigkeit hinwegzugehen. In verschiedenen rheinischen Städten ist die Zahl der Erwerbslosen noch immer stark im Steigen. Die Zahl der Erwerbslosen in Köln ist in den letzten Tagen so stark gestiegen, daß sie nun mit rund 55 000 beim Arbeitsnachweis gemeldet an Arbeitsstellen den Höchststand erreicht und die höchsten Zahlen des Jahres 1926 fast übersteigt hat.

grauem Durchmesser 5,8 Meter) abgeschlossen, der die Schaufelplatten mit je einem oberen und unteren Ring hält. Die beiden Ringe sind durch feststehende schalenförmige Stützen miteinander verbunden. Diese Stützen sind als Vorleitungsarme ausgebildet, das heißt sie sind so gebogen, daß sie das Wasser, das aus dem Turbinengehäuse nach innen tritt, in der richtigen Richtung weiterleiten.



Bevor das Wasser in das Turbinengehäuse strömen kann, muß es das Leitrad durchlaufen. Dieses besteht aus zwei senkrechten Schaufeln, die in der Drehrichtung einander gegenüber liegen und durch das Leitrad hindurchgeführt sind. Durch die Drehung des Regulierarms werden alle Leitungsarme gleichzeitig in übereinstimmender Weise bewegt. Der ganz regulierbare Arm liegt außerhalb des Wassers, so daß er gegen dessen zerbrechende Wirkung geschützt ist. Eine solche Anordnung wird als Wasserleitung bezeichnet.

Verbrauchseinschränkung

Die Reichs-Kredit-Gesellschaft, eine Bank, deren Aktien sich Befolge des Reichs befinden, hat am Jahresabschluss eine verdienstvolle Veröffentlichung über Deutschlands wirtschaftliche Lage herausgegeben. Dort finden wir über Wohn- und Verbrauch folgende Ausführungen: Seit der Währungsstabilisierung ist von Jahr zu Jahr eine langsame Steigerung des Verbrauches zu beobachten. Die Fortschrittliche Höhe scheint — je Kopf der Bevölkerung berechnet — allerdings nicht erreicht zu sein. Eine solche Vermutung gestützt zunächst die Entwicklung der Arbeitereinkommen. Diese Einkommensteuern werden ungefähr durch die Entwicklung der Wochenlöhne gekennzeichnet:

Wochentage bei regelmäßiger Arbeitszeit	generelle Arbeiter	unregelmäßige Arbeiter	Lebenshaltungskosten in 100 von 1913
1. Halbjahr . . .	115,4	128,6	136,1
3. Vierteljahr . . .	125,7	139,5	144,4
Oktober . . .	127,7	141,5	145,6
1. Halbjahr . . .	130,2	144,9	159,5
3. Vierteljahr . . .	130,4	144,6	142,9
Oktober . . .	131,4	145,7	142,2

Soweit Zahlen über den Verbrauch typischer Konsumgüter vorliegen, zeigen sie einen unter Vorkriegeshöhe liegenden Konsum. Der Verbrauch an Fleisch, den man als einen Anhaltspunkt für den Ernährungsaufwand ansehen kann, ist je Kopf der Bevölkerung zu rechnen, in den ersten drei Quartalen auf ungefähr 96 vH des Verbrauches von 1913 gestiegen, während er im gleichen Zeitraum des Vorjahres etwa 95 vH betragen hat. Der Konsum der Konsumvereine betrug im 3. Quartal dieses Jahres wochendurchschnittlich 5,10 M. Kopf der Mitglieder, dagegen im Gesamtjahre 1913 bei höherem Geldwerte 5,60 M. Der Abzug an Hausrat und Bekleidung ist, wie Ermittlungen des Instituts für Konsumforschung ergeben, in den ersten drei Quartalen dieses Jahres beträchtlich geringer gewesen als im Vorjahre. Die künftige Entwicklung des Verbrauches muß im Zusammenhang mit der Bevölkerungsentwicklung betrachtet werden. Die Bevölkerung ist trotz der Kriegsverluste nicht nur um etwa 4 vH seit 1913 (innerhalb des jetzigen Reichsgebietes) gestiegen, sondern infolge der Veränderung des Altersaufbaus ist auch der Anteil der Erwachsenen, der überdurchschnittlich verbrauchenden Bevölkerungsschicht an der Gesamtbevölkerung größer als vor dem Kriege. Der Anteil dieser Schicht wird in den folgenden Jahren noch weiter steigen. Ein Konsumverbrauch in Vorkriegeshöhe würde bereits eine Verbrauchssteigerung bedeuten. Die Verbrauchseinschränkung in Deutschland ist mithin zurzeit noch größer, als die Feststellungen über den Verbrauch je Kopf der Bevölkerung vermuten lassen.

Bezüglich des Wohnraumbedarfs haben Ermittlungen einiger Städte ergeben, daß dieser heute größer sei als in Friedenszeiten. Dem gegenüber weist die Reichs-Kredit-Gesellschaft mit Recht auf die Altersveränderung der Bevölkerung hin. Dies in Berücksichtigung gezogen kann festgestellt werden, daß der je Kopf beanspruchte Wohnraum gegenüber der Vorkriegszeit gesunken ist.

Zum Achtstundentag zurück

Im September 1926 hatten für den Bereich der Nordwestgruppe der Eisen- und Stahlindustrie Verhandlungen stattgefunden wegen einer Erhöhung der Löhne und der Wiedereinführung des Achtstundentages in den Hütten- und Walzwerksbetrieben. Der Schlichter konnte sich damals nicht einschließen, den Gewerkschaften entgegenkommen, zumal die Unternehmer über die schlechte Wirtschaftslage wie die Kirchenbettel jammernten. Heute ist von den Gewerkschaften erneut die Kündigung des Lohnabkommens beschlossen worden. Das Arbeitszeitabkommen läuft zurzeit noch unkündbar weiter. Wir sind nun gespannt, wie sich die Arbeitgeber und der Schlichter zu den Fragen stellen werden. Während die Hüttenindustriellen letztes Jahr noch eine Produktionsbeschränkung von 35 vH vorgaben, ist heute jede Einschränkung gefallen, die Friedenslösung überschritten. Dabei ist die Zahl der Belegschaft immer noch erheblich unter dem Stand der Vorkriegszeit. Also eine erhebliche Mehrleistung ist unzweifelhaft vorhanden.

Zugleich regt es sich im Ruhrbergbau. Die wilde Aber-schuldenererei erbittert immer größere Teile der Belegschaft. Infolge von neuem kommen an die Verhandlungen Anträge, die Wehrarbeitsabkommen zu kündigen, um die tarifliche Arbeitszeit zur Geltung zu bringen und dadurch einen Teil der Arbeitslosen von der Straße zu bringen.

Für das Tarifgebiet der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke in Rheinland-Westfalen wurde am 1. Januar eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit von 54 auf 52 Stunden durch Schlichterspruch für alle Arbeiter in einfacher Schicht erreicht. Die durchgehenden Betriebe haben hier jetzt ihre Achtstundenschicht behalten. Auch andere kleinere Gewerbebetriebe nähern sich allmählich wieder dem Achtstundentag. Da ist es auf die Dauer unerträglich, daß gerade die Groß- und Schwerindustrie noch immer mit Wochenarbeitszeiten von 56, 58 bis 60 Stunden dafrist. Das heißt Wochenarbeit ohne die Sonntagsarbeit, die oft noch in reichlichem Umfang verlangt wird.

Auf die wesentlich gebesserte Geschäftslage der Hanomag wurde in den jüngst stattgefundenen Generalversammlungen hingewiesen. Die Verwaltung führt die Verringerung auf den Abzug der Kleinautos und Schlepper zurück. Die staatlichen Maßnahmen für die Landwirtschaft haben besonders den Markt für Schlepper bedeutend gebessert. Für die Geschäftslage scheint aber auch ein vorliegender großer Automobilauftrag eine Rolle zu spielen. Es handelt sich um einen Auftrag der südafrikanischen Regierung, der die Lieferung von 10 Automotoren vorsieht. Die Hanomag (Wannoverische Maschinenbau-A.G.), die in den letzten Monaten ihre Belegschaft stark erhöht hat, dürfte in nächster Zeit weitere Einstellungen von rund 1500 Arbeitern vornehmen.

Zur Drehung des Regulierarms sind zwei starke mit Druckluft betriebene Exzentrilmotoren vorhanden, die unmittelbar auf den Regulierarm wirken. Es werden von einem kleinen Lichtkraftpendel gesteuert, das hoch über der Turbine im Maschinenhaus aufgestellt ist.

Aus dem Leitrad strömt das Wasser in das Leitrad, in dem seine Energie in die auflaufende Drehbewegung der Turbinenwelle umgewandelt wird. Dies geschieht dadurch, daß das horizontal ins Leitrad fließende Wasser von den Leitradschaukeln nach unten umgelenkt wird, dabei eine lebendige Kraft an das Leitrad abgibt und dieses dreht. Das Turbinenleitrad wird aus Stahlguß hergestellt und hat einen Durchmesser von 4,2 Meter. Durch die geeignete Ausbildung der Schaufeln wird erreicht, daß die Turbinen verhältnismäßig schnell mit 150 U. Min. laufen. Infolgedessen kann die senkrechte Welle des Stromerzeugers, der schräg über der Turbine aufgebaut ist (Schwungradgenerator), mit der Turbinenwelle unmittelbar gekuppelt werden, ohne daß er infolge der geringen Drehzahl zu große Abmessungen annähmen würde. Die Gesamtlänge des rotierenden Teiles (Motor des Stromerzeugers, Wellen und Turbinenleitrad) sowie der Wasserdampf durch das Turbinenleitrad werden von einem Segmentpumpenlager durch Originalkonstruktion aufgenommen, das oben auf dem Generator angeordnet ist. Es muß die hohe Last von 500 000 Kilogramm tragen die Spurringe erreichen dabei einen Durchmesser von 1,9 Meter.

Das aus dem Leitrad nach unten austretende Wasser wird durch das Saugrohr weitergeführt. Dieses hat aber nicht nur die Aufgabe der Zuführung des Wassers, sondern dient zugleich dazu, das Wasser das noch mit einer gewissen Geschwindigkeit aus dem Leitrad tritt zu verzögern. Dadurch wird die in seiner Bewegung liegende Energie ebenfalls nutzbar gemacht. Die Verzögerung erzeugt nämlich hinter dem Leitrad einen zusätzlichen Unterdruck, dessen saugende Wirkung sich der des von oben drückenden Wassers hinzugesellt. Das Saugrohr mündet in den Unterdruckkanal, der das Wasser wieder dem Fluß zuführt.

Das Genter System in der Tschechoslowakei

Von Wilhelm Weigel

In der Tschechoslowakei ist die staatliche Arbeitslosenunterstützung nach dem Genter System geregelt, das heißt der Staat hat keine Arbeitslosenfürsorge aufgebaut auf die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften. Was von dieser Regelung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung die freien Gewerkschaften vor ihrer Einführung gegagt haben, hat sich in den Monaten der praktischen Anwendung in vollstem Maße bestätigt. Nicht nur daß die Unterstützung der Arbeitslosen ganz ungenügend ist, sondern es werden auch die freien Gewerkschaften dadurch in einer Weise belastet, die für viele auf die Dauer untragbar ist. Der tschechoslowakische Staat hat sich durch die Regelung der Arbeitslosenunterstützung die Lösung der immerhin schwierigen Sache leicht gemacht, hat sich seiner obersten Verpflichtung entzogen und die Kosten dafür müssen einerseits die Arbeitslosen, andererseits die Gewerkschaften tragen. Ohne der weiteren Darstellung vorgehen zu wollen, kann gleich einleitend gesagt werden, daß die freien Gewerkschaften auch heute noch diese Regelung der Arbeitslosenunterstützung als völlig ungenügend betrachten und daher ablehnen.

Nach den Bestimmungen des gegenwärtig in Geltung stehenden Gesetzes zahlt der Staat zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung den gleichen Beitrag, den die Gewerkschaft ihrem Mitgliede gibt. Im Verordnungswege ist dann eine Erweiterung unserer Gesetze geschaffen worden, als Verheirateten, soweit sie eine einjährige Mitgliedschaft bei einer Gewerkschaft und ledigen, soweit sie eine fünfjährige Mitgliedschaft nachweisen, der Staatsbeitrag in der einundneunzigfachen Höhe der Gewerkschaftsunterstützung gewährt wird. In dieser Verordnung aber ist gleich ausgesprochen, daß der Staatsbeitrag 12 Kronen (= 1,50 M) nicht übersteigen darf, wobei die Gesamtsumme der Unterstützung, also Staatsbeitrag und gewerkschaftliche Unterstützung zusammen, zwei Drittel des letzten Lohnes des Arbeitslosen nicht übersteigen darf. Erhält nun ein Arbeiter von seiner Gewerkschaft eine Unterstützung in der Höhe von 12 Kr., dann bekommt er vom Staat den gleichen Beitrag, wenn sein letzter Tagesverdienst nicht unter 38 Kr. (= 4,50 M) betrug. War aber der letzte Lohn geringer, dann verringert sich der Staatsbeitrag um jenen Betrag, der die zwei Drittel des Lohnes übersteigt. Oder durch ein Beispiel ausgedrückt: verdiente der Arbeiter 32 Kr., dann sind zwei Drittel des Lohnes rund 21,33 Kr. Beträgt nun seine gewerkschaftliche Unterstützung 12 Kr., dann bekommt der Arbeitslose in diesem Falle vom Staat nur 9,50 Kr.

Es sei gleich darauf verwiesen, daß die Unterstützung, die wir unserer Beispiele zugrunde legen, nur von einem Bruchteil der Arbeitslosen bezogen wird, weil die meisten Arbeiter noch immer in niedrigen Beitragsklassen bei den Gewerkschaften einzahlen und infolgedessen auch die täglichen Unterstützungssätze niedriger als 12 Kr. sind. Das Gros der Arbeitslosen bezieht Unterstützung in der Höhe von 10 bis 16 Kr. je Tag. In dieser Summe sind Staatsbeitrag und Gewerkschaftsunterstützung zusammengezogen. Es ist klar, daß eine solche Unterstützung vollkommen ungenügend ist; denn auch in der Tschechoslowakei sind die Lebenshaltungskosten hoch.

Daß auch die Regierungen gewußt haben, daß die Bestimmungen dieses Unterstützungsgesetzes ungenügend sind, geht am besten daraus hervor, daß dieses Gesetz schon am 19. Juli 1921 beschlossen wurde, aber erst am 1. April 1925 in Kraft gesetzt werden konnte. In all den Jahren und auch heute noch herrscht in der Tschechoslowakei eine schwere Wirtschaftskrise, die viele Zehntausende von Arbeitern zum Feiern zwingt. Die meisten der Arbeitslosen dürfen nicht damit rechnen, nach einigen Wochen Arbeitslosigkeit wieder Beschäftigung zu finden. In der Regel muß der, den das Unglück trifft, arbeitslos zu werden, sich auf eine monatelange Beschäftigungslosigkeit einrichten. In den Jahren bis 1924 erkannte sogar die Regierungspartei die Unmöglichkeit an, das Gesetz in Kraft treten zu lassen, weil dadurch nur ein Bruchteil der Arbeitslosen erfaßt worden wäre. Denn innerhalb der 13 Wochen, während der der Staat seinen Zuschuß zur Unterstützung gewährt, ist die Arbeitslosigkeit nicht abgeschlossen. Als aber die Reaktion weit genug erforscht war, bewilligte man keine neuen Unterstützungen mehr nach dem alten Gesetz, sondern bestimmte rückwärtslos den Wirksamkeitsbeginn des Genter Systems.

Die Ursache für dieses barbare Vorgehen war der Drang nach Ersparungen im Staatshaushalt. Bis zum April 1925 waren jährlich Hunderte von Millionen für Zwecke der Arbeitslosenunterstützung ausgegeben worden und die Regierungspartei hatten herausgefunden, daß sich gerade bei diesem Kapitel sozialer Fürsorge Ersparungen machen ließen, wenn der Staat selbst keine Arbeitslosenunterstützung mehr zahlte, dafür aber einen Beitrag zur gewerkschaftlichen Unterstützung spende.

Als sich die weitere Hinauschiebung des Gesetzes sowie dessen Beilegung überhaupt als unmöglich erwies, suchten sich die freien Gewerkschaften um ihrer Mitglieder willen amstellten. Bis dahin war die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung für 6 bis 10 Wochen gewährt worden. Dies erwies sich nun als unmöglich und die Unterstützungseinrichtungen mußten den

Bestimmungen des neuen Gesetzes angepaßt werden. Es wurden daher die Unterstützungssätze in der Höhe herabgesetzt, in der Dauer aber auf das doppelte verlängert. Nur dadurch war es möglich, den Staatsbeitrag überhaupt in erweiterterem Ausmaße wirksam zu machen. Trotzdem ist die staatliche Aufwendung für Arbeitslosenfürsorge auf eine Mäxigkeit zurückgefallen. Während früher Hunderte von Millionen bereitgestellt werden mußten, hat man im verflohenen Jahre (1926) nicht einmal 10 Millionen ausgegeben. Der tschechoslowakische Staat hat sich also die Fürsorge für die Arbeitslosen sehr leicht gemacht, er gibt einen ganz ungenügenden Beitrag, und wer 13 Wochen arbeitslos ist, wird aus den Listen der Unterstützungsberechtigten gestrichen. Damit glaubt der Staat seiner Verpflichtung entprochen zu haben.

Während früher der Staat den ganzen Apparat, der zur Kontrolle der Arbeitslosen notwendig war, selbst erhielt und bezahlte, auch das Risiko für die Auszahlung der Gelder trug, ist dies nun alles den Gewerkschaften aufgebürdet worden. Die Gewerkschaften müssen den ganzen Apparat erhalten, sie sind verantwortlich für jeden Fehler, der schließlich doch einmal unterläuft, jeder Verband mußte kostspielige Einrichtungen schaffen, und für all das gewährt ihnen der Staat, dessen Sorge und Risiko das alles sein sollte, keine wie immer geartete Vergütung. Dafür aber müssen sich die Gewerkschaften und ihre Funktionäre die leider berechnete Kritik gefallen lassen, die ihre Mitglieder an dem angeordneten staatlichen Formelkram üben, ohne freilich die Möglichkeit zu haben, die Unsinnigkeit ändern zu können.

Ein weiterer schwerer Mangel bei diesem System ist, daß die Gewerkschaften aus ihren Mitteln den Staatsbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung voranschüssweise auszahlen müssen. Viele hundertaufende Kronen müssen die Gewerkschaften auszahlen, bevor sie einen Teil dieser Beträge vom Staat zurück erhalten. Der Staat, großzügig wie er ist, zahlt seiner Gewerkschaft einen Ersatz für den Zinsverlust. Nicht genug also, daß die Gewerkschaften für den Staat die ganze Arbeit umsonst machen, sie müssen zum Schluß auch noch die Gelder zur Auszahlung des Staatsbeitrages dem Staate zinsen- und zinsfrei bringen.

Es ist nun wohl klar, daß die freien Gewerkschaften versuchen, dieses Gesetz zu Fall zu bringen. In der Tschechoslowakei muß zunächst mit einer großen Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Diesem Zustand trägt das besprochene Gesetz in keiner Weise Rechnung und deshalb fordern die freien Gewerkschaften die Aufhebung dieses Gesetzes und die Einführung der Arbeitslosenversicherung im Anschluß an die Sozialversicherung.

Ob diese Forderung bald erfüllt wird, hängt nicht zuletzt davon ab, wann die Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei die Spaltung überwunden hat und als geschlossene Einheit auftreten kann.

Die Arbeitslosigkeit in Frankreich

In Frankreich ist mit der Festigung der Währung begonnen worden. Auf welchem Punkte man den Franken festhalten (stabilisieren) beabsichtigt, steht noch keineswegs fest. In den Erörterungen darüber werden am meisten die Zahlen 120 und 150 (zum englischen Pfund) als wünschenswert oder nützlich genannt. Die Festigung der Währung hängt natürlich nicht vom Wunsch ab, sondern von einer Reihe gewichtiger und harter Umstände. Was die Regierung weiter in Sachen der Festigung zu tun gedenkt, ist noch unbekannt. Das sie sehr vorsichtig vorgehen wird, kann man ohne weiteres annehmen; denn schon der scharfste Anhang hat auf dem Felde der Industrie nur des Handels tiefe Spuren gezogen. Viele Aufträge blieben gleich aus, die Betriebe und der Absatz begannen merklich zu stocken. Darauf zeigte die Arbeitslosigkeit in einer Reihe von Gewerken oder Städten ein. Und die Beschäftigungslosigkeit von Zehntausenden bewirkte ihren weiteren geschäftlichen Niedergang.

Welchen Umfang die Geschäftsstockung und die Arbeitslosigkeit bis jetzt haben, läßt sich mit einiger Sicherheit nicht feststellen. Die französische amtliche Statistik liegt sehr im Argen, und die Gewerkschaften hatten von jeher nicht viel Reue, sie zu pflegen. In den Arbeiterzeitungen laufen die Angaben etwas bunt durcheinander, so daß man sich daraus kein klares Bild machen kann. Die amtlichen Stellen, die die Beschäftigungslosigkeit gering scheinen lassen wollen, sprechen von 18.000 Arbeitslosen für ganz Frankreich, was natürlich Unfug ist. Die kommunistische Presse ihrerseits bemüht sich lohnlos schwarz zu malen, was sie von 300.000 bis 300.000 Erwerbslosen sprechen läßt.

Der französische Gewerkschaftsbund (CGT) hat in den von der Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Industrien eine Erhebung eingeleitet. Aus den bis jetzt vorliegenden Zahlen, die zunächst die Lederindustrie betreffen, geht hervor, daß die bloße Angabe von Gesamtzahlen ein äußerst unzuverlässiges Bild gibt. Der Hundert- und der dreihundertprozentige Schwankung von Ort zu Ort ziemlich stark, während in der großen Mehrzahl der Betriebe Kurzarbeit zwischen 24 bis 33 Stunden geleistet wird, die in den Arbeitslosenzahlen natürlich nicht zum Ausdruck kommt. In Paris zum Beispiel sind von 28.000 Arbeitern und Arbeiterinnen in der Schuhfabrikation 8.000 arbeitslos, während 5000 zwischen 24 und 30 Stunden die Woche beschäftigt sind. In Nancy entfallen auf 2500 Arbeiter 900 Arbeitslose, während die übrigen Arbeiter nur 24 Stunden die Woche arbeiten.

Die Gesprächsübermittlung geschieht folgendermaßen. Wenn beispielsweise ein Londoner Geschäftsmann mit einem New Yorker sprechen möchte, gehen seine Worte von seinem Büro nach dem Londoner Fernamt, von da auf einer besonderen Untergrundleitung nach der drahtlose Station Rugby. Hier wird die menschliche Stimme für die drahtlose Übertragung umgewandelt. Die Wellen erreichen das amerikanische Festland bei Houlton im Staate Maine. Von Houlton wird das Gespräch dann auf einer Überlandlinie nach dem New Yorker Fernamt und von da zu dem Apparat der angerufenen Person geleitet. Umgekehrt macht das Gespräch folgenden Weg. Es geht von dem privaten Apparat zunächst zum New Yorker Fernamt, dann nach der 70 Meilen langen Funktion auf Long Island, wo die Umformung für die drahtlose Übertragung vor sich geht. In Houlton erreichen die Wellen englischen Boden, wo ihre Umformung stattfindet und auf der Untergrundleitung nach dem Londoner Fernamt weitergeleitet werden.

Zwischen der englischen und der New Yorker Zeit ist bekanntlich ein Unterschied von fünf Stunden. Wenn die New Yorker Geschäftstunde ihren Arbeitstag beginnen, ist der Londoner schon an die fünf Stunden im Büro. Und wenn er um 5 Uhr das Tageswerk beendet, hat sein New Yorker Kollege erst drei Stunden geschafft. Durch diesen Umstand könnte es vorkommen, daß der New Yorker, der nach der dritten Stunde seiner Tagarbeit einem Londoner Geschäftsbüro anläutete, keine Verbindung mehr bekam. Das gleiche hätte der Londoner zu gewährleisten; wenn er vor 2 Uhr mittags mit einem New Yorker sprechen wollte. Um dieser Möglichkeit zu begegnen, sollen möglichst die Tagestunden für Verbindungen genommen werden, wo man hüben und drüben im Geschäft ist, anderenfalls aber dafür Vorkehrungen treffen, daß die Gespräche zum privaten Apparat glatt weitergehen.

Vorherhand ist, wie schon gesagt, nur die Verbindung zwischen dem Londoner und New Yorker Telefonnetz im Gange. Bis zum nächsten

In Nantes dagegen gibt es überhaupt keine vollständig Arbeitslosen, während in den meisten Fabriken Kurzarbeit besteht. In der Sat. (Mietartikel um) sind in Paris von 3000 Arbeitern 1200 arbeitslos, die übrigen arbeiten 30 Stunden. In der Gegend entlassen in Paris auf 3000 Arbeiter 800 Arbeitslose, die übrigen arbeiten 20 bis 34 Stunden. In einem andern Mittelpunkt der Gewerkschaften gibt es dagegen weder Arbeitslose noch Kurzarbeiter und die Beschäftigten streifen sich sogar der 44-Stundenwoche.

Die Regierung hat die Departements und die Ortsbehörden um Angabe der Zahl der für Notstandsarbeiten in Betracht kommenden Arbeitslosen gebeten. Der Minister für öffentliche Arbeiten läßt neue Pläne für die Verbesserung der Straßen ausarbeiten. Ferner sollen Maßnahmen getroffen werden, um Arbeitslose nach Gegenden überzuführen, wo noch Beschäftigung vorhanden ist. Die Einwanderung Fremder wird nach Möglichkeit unterbunden und die Heimförderung eines Teiles der fremden Arbeiter ins Auge gefaßt werden. Damit dürfte es wohl so schnell nicht gehen. Es sind zwei bis drei Millionen Ausländer in der französischen Industrie und Landwirtschaft beschäftigt. Die wurden seit dem Kriege von Werbestellen, die von französischen Unternehmern und ihrer Regierung geschaffen wurden, angeworben. Die Umwerbung geschah meist auf Grund von Verträgen, die von den Vertretern der französischen Regierung und von solcher der Regierung des Heimatlandes der Angeordneten verbürgt wurden. Da nun viele dieser Verträge noch laufen, so ergeben sich für die Heimführung Schwierigkeiten, deren Überwindung diplomatische Verhandlungen und wohl auch Abfindungen für die vorzeitig außer Dienst gestellten Leute erfordern. Nun gibt es allerdings noch viele Angeordnete, die sich weniger gut vertraglich gesichert haben. Und mit denen wird wohl die Rückkehr beginnen. Aber auch hier entstehen Schwierigkeiten, deren Leidtragende ebenfalls die armen Teufel sind. Welcher Art die Maßnahmen sein können, erhellt aus folgender Meldung, die der Zeit. Stg. am 12. Januar aus Budapest zugeht:

Die jetzige Heimförderung der beschäftigungslos gewordenen ungarischen Arbeiter aus Frankreich hat sich zu einer viel beschwerlicheren Aufgabe entwickelt. Es handelt sich um etwa 12.000 Arbeiter, deren Heimattransport in Gruppen von 100 bis 150 Personen durch Vermittlung der ungarischen Gesellschaft in Paris nacheinander erfolgen soll. Die Regierung hat mit Rücksicht auf die Gefahr der Einschleppung von Krankheiten und mit Rücksicht auf die Gesinnung der Arbeiter, die sich jahrelang in Frankreich aufgehalten haben, angeordnet, daß die Heimkehrer in Raab vorläufig unter Beobachtung gestellt und nach Überzeugung einer gewissen sanitären und sozialen Quarantäne gruppenweise nach Budapest kam. ihrer Heimat befördert werden. Das Sammellager wurde in der früheren Kanonenfabrik errichtet und steht unter polizeilicher und ärztlicher Aufsicht.

Hochlohnarbeiterlöhne in Schweden

Nach dem neuesten Tarifvertrag zwischen dem Verband der Eisenindustrie und dem der Metallarbeiter Schwedens betragen die stündlichen Mindestlöhne für Facharbeiter von 24 Jahren aufwärts und siebenjähriger Beschäftigungsdauer 77, für Facharbeiter von 21 Jahren und vierjähriger Beschäftigungsdauer 70, für Hilfsarbeiter von 21 Jahren und vierjähriger Beschäftigungsdauer 63 Ore. Der Zuschlag für Überzeitarbeit beträgt 50 vH, für Sonn- und Feiertage 75 vH, an hohen Feiertagen 150 vH. Schichtarbeiter erhalten gewöhnlich einen Zuschlag von 75 vH für Überzeitarbeit. Das durchschnittliche Lohnverkommen beträgt bei Allarbeit 1,05 Ore.

Aber das Leben der russischen Bauern wurde kürzlich in der sowjetischen Zeitschrift Krasnaja Nowj von H. Aluschin (Ein Genosse), unter anderem geschrieben:

„Unser Votland, das in den letzten Jahren vom Himmel keineswegs geegnet war, lüft in diesem Sommer an einem Überflutungen an Regen. Es regnete August und September ohne Unterbrechung. Das Ende der Regenzeit ist nicht abgesehen. Das ungedroschene Getreide fault auf dem Felde, die Garben werden grün, die Körner wachsen in den Ähren aus. Die Garben sind kaum auseinanderzunehmen. Die Arbeit ruht. Das Getreide fault. Die Scheunen sind leer. Kein Mehl, kein Getreide. Die Steuerkommission kümmert sich aber höchst wenig darum. Die Zentralstelle erteilt ihre Befehle der Gouvernementsobrigkeit, diese ihre Anweisung zu geben. Die Mitglieder der Verwaltung sehen zwar, daß das Getreide noch nicht eingebracht ist, doch Befehl bleibt Befehl und die Steuer muß um jeden Preis bezahlt werden. Den Bauern wird rechtzeitig mitgeteilt: Dann und dann müssen die Schulden für die Samenleihe, für die Unterstützung im Hungerjahre und sonstige Ausstände beglichen werden.“

Der Zahlungstag ist gekommen. Der Regen hält noch immer an. Die Scheunen sind noch immer leer. Somit zahlen? Es bleibt nur ein Ausweg — der Aufschub. Aber das ist nicht gestattet. In Kraft tritt das zu allen Zeiten beliebte Mittel: die Pfändung. Gepfändet wird vor allem das Vieh: die Kühe, Kälber, Schweine. Das Vieh wird vom Bauernhof fortgeführt... „Die Sowjetherd...“ Einen lästlichen Anblick bietet diese Herde von verschiedenartigem Vieh unter der Aufsicht des Willkürherrs... Es geht in Strömen und die Tiere stehen unter dem roten Himmel. Die und da reißt sich ein Lär los und rennt nach seinem früheren Hof. Aber es ist streng verboten, den „Glückseligen“ Unterkunft zu gewähren.

„Sie nehmen uns das Vieh weg und kümmern sich nicht um die armen Tiere. Der Anblick ist wahrhaft jammervoll.“ Schweine und Schafe sind mit Ungeziefer bedeckt. Die Kühe, die schon lange nicht gemolken sind, geben keine Milch mehr. Von weit her kommen die Käufer. Sie kaufen das Vieh zu billigen Preisen auf und heden den Gewinn in die Tasche... Der Bauer wird aber um eine Erfahrung reicher.“

Die Bauern fliehen aus den Dörfern, ziehen in die Städte, in der Hoffnung, dort Ruhe zu finden... Es ist verhängnisvoll, irgendwelche Hoffnungen auf die angebliche Gleichmut der Bauern zu setzen. Es genügt auch nicht, sich mit dem Anblick zum Dorfe zu wenden. Man kann auch in diesem Falle so manches nicht bemerken. Die örtliche Obrigkeit kennt die Disziplin. Das ist lobenswert. Aber Disziplin allein genügt nicht. Es muß Verständnis entgegengebracht werden... Die alten, beliebten Methoden der Einwirkung auf die Bauernschaft dürfen keine Anwendung mehr finden.“

Telephonverbindung mit Amerika

Wald kann man die ganze Welt anrufen!

Ik. Nach langjährigem und schwierigen Versuchen ist nun die telephonische Verbindung zwischen der Alten und der Neuen Welt gegliedert. Kurz vor Neujahr machte der englische Postminister bekannt, daß vom 7. Januar ab der Telephondienst mit Newjork eröffnet sei. Inzwischen haben die ersten Gespräche zwischen London und Newjork stattgefunden. Das Anrufen einer Person auf der anderen Seite des Ozeans ist ziemlich einfach. Der Anrufer hat nur den Namen der Person nebst Rufnummer und Telephonamt anzugeben. Ist aber dem Anrufer die Telephonnummer der Gegenstelle unbekannt, so wird dort versucht, sie festzustellen. Damit möglichst wenig Gesprächsanmeldungen nicht unumsonst gemacht werden, soll der Anrufer mit der Person, die er zu sprechen wünscht, noch einen Erläuterer mit dessen Nummer bei der Gesprächsanmeldung angeben, mit dem man im Notfall zu sprechen wünscht.

Die Verbindung mit dem andern Erdteil ist nicht viel umständlicher als die mit seinem Nachbarn auf der anderen Seite der Straße. Der mit einer Person jenseits des Meeres reden will, hat von seinem örtlichen Amt den amerikanischen Dienst zu verlangen. Wenn es um eine bestimmte Gesprächszeit zu tun ist, soll es möglichst schon am Tage vorher seinem Telephonamt mitteilen.

Der Preis für ein Gespräch von drei Minuten ist 15 Pfund Sterling oder 30 M. Jede Minute mehr kostet 5 Pfund. Länger als 12 Minuten kann nicht gesprochen werden, wenn noch sprecherbereite Personen vorhanden sind. Kommt eine Verbindung mit der angegebenen Telephonnummer nicht zustande, wird keine Gebühr erhoben. Wenn jedoch die Verbindung mit der Nummer hergestellt, aber sich weder die gewünschte Person noch ein Erläuterer meldet, ist eine Gebühr von 2 Pfund zu entrichten.

April hofft man jedoch mit den Untergrundleitungen in Westeuropa fertig zu sein, so daß man dann ebenfalls von Berlin, Wien, Madrid, Kiffador, Paris, Belgard und Rom direkt mit Amerika über London und Berlin fertig werden, da deren Untergrundleitungen am weitesten fortgeschritten sind.

Die wunderbaren Fortschritte der drahtlosen Übertragung bedürftigen zu noch höheren Erwartungen. Lange dürfte es nicht mehr dauern, und man wird Australien, nein, die ganze Welt anrufen und mit ihr vom Schreibtisch aus sprechen können.

Arbeitszeit im mitteldeutschen Braunkohlengbiet

Das bisherige Mehrarbeitszeitabkommen wurde Mitte November gemäß eines Konferenzbeschlusses geändert. In dieser Konferenz hat eine lange Reihe von Kollegen auf Grund eigener Erfahrung die unerträglichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschildert...

Die bekannte Unternehmerrückhaltung machte sich auch bei den Verhandlungen bemerkbar. So wurde von den Vertretern des Arbeitgeberverbandes auf die zukünftige Verringerung des Braunkohlenschatzes verwiesen. Für die vorhandene Schuldsumme müßten einzelne Werke hohe Zinsen zahlen...

Die Unternehmers, die bisher jede Arbeitszeitveränderung ablehnten, erklärten sich plötzlich für diesen Schiedsspruch, wenn auch mit widerwilligen Herzen. Sie beantragten dessen Verbindlichkeitsklärung. Nur gegen die vorgezogene Kommission hatten sie Bedenken...

Die Schaffung eines Jugendverbandes, wie es in diesem Falle vom Reichsarbeitministerium gewünscht ist, widerspricht allen Gefühlen der Gerechtigkeit und des Rechts. Denn auch der Schiedsspruch enthält keine Verbesserungen...

Die schwergeprüften Brüder im besetzten Gebiet

Kriegsregeln sind hier (in Nr. 1 der NZ) an zwei Beispielen... Die Besatzung hat sich verpflichtet, mit allen Mitteln für die Erhaltung der Betriebe zu wirken.

Zahlenmäßig wenige Fälle beschränkt ist. Wir lassen heute einen Fall hier folgen, der in der Form zwar etwas anders, in der Sache selbst, das heißt in der bilanziellen Schädlichkeit aber so ist, wie die beiden jüngst von uns mitgeteilten Fälle.

Dieser Fall wird uns von Landau (besetzte Pfalz) mitgeteilt. Dort schafften 300 bis 400 Leute beiderlei Geschlechts bei den Franzosen Arbeit. In der Werkstätte, wo unter Berichterstatter beschäftigt ist, werden Wagen repariert. Die Arbeiter bekommen ihren Lohn von dem beim Bürgermeisteramt Landaus errichteten Besatzungsamt, welches seinerseits das Geld vom Reich erhält...

Daraufhin machten die Arbeiter Eingabe über Eingabe. Etwas anderes als Bestätigungen, daß die Schreiben angekommen sind, haben die Arbeiter nicht erhalten. Nun bestehen im besetzten Gebiet, wie uns unser Berichterstatter weiter mitteilt, Reichsbürokratismen...

Eine Abordnung der so behandelten Arbeiter hat bei dem Landauer Bürgermeister wegen der Sache vorgeprochen. Mehr als ein paar Worte des Bedauerns haben die Arbeiter nicht erhalten. Unsere Minister, so schließt der Schreiber, trieben vor Mitleid und Mitleid mit den schwergeprüften Schwestern und Brüdern im besetzten Gebiet...

Voraussetzung des Anspruchs auf Hausgeld

Eine zu Revisionen zwischen Versicherter und Kasseneleitungen Anlaß gebende Bestimmung ist der § 185 VVG. Er lautet: "Wird Krankenpflege einem Versicherten gewährt, der bisher von seinem Arbeitsverdienst Angehörige ganz oder überwiegend unterhalten hat, so ist demselben ein Hausgeld für die Angehörigen im Betrage des halben Krankengeldes zu zahlen..."

Sind die Angehörigen von dem Versicherten "bisher" ganz oder überwiegend unterhalten worden, dann ist ihm grundsätzlich das Hausgeld zu gewähren, auch dann, wenn diese Angehörigen während der Krankenpflege von anderen unterhalten werden oder unterhalten werden können. Das Gesetz verlangt den Nachweis der Unterhaltsbedürftigkeit und des tatsächlichen Unterhalts nur für die Zeit vor, nicht jedoch auch während der Zeit der Krankenpflege...

Dies sei nun an ein paar Beispielen erläutert. Der Ehemann hat einen wöchentlichen Arbeitsverdienst von 40 M., seine Ehefrau von 20 M. Erwerb ist anzunehmen, daß der Versicherte seine Frau "überwiegend" unterhalten hat. Denn er ist ja nach § 1360 BGB hierzu verpflichtet, auch wenn die Frau eigenes Einkommen besitzt. Hinsichtlich des § 185 VVG kommt es jedoch nicht darauf an, ob der Versicherte bis zu seiner Erkrankung den Unterhalt seiner Frau zu bestreiten "konnte", also "unterhaltspflichtig" war. Es kommt lediglich darauf an, ob er den Unterhalt seiner Frau "überwiegend" aus seinem Arbeitsverdienst bestreiten hat...

Staatlicher Vertrieb von Schaafsmarken

Die in die Binnenzugangene Reichsregierung hat bestanden aus hunderttausend Schafmarken. Von deren demokratischen Verkaufsmöglichkeit jetzt neben vielen andern ein Beispiel, das die Wiedereinführung von Orden und Ehrenkreuzen vorseht. Nach der Reichsverfassung können Orden verliehen werden, wenn sie ein Amt oder einen Dienst bezeichnen. Orden und Ehrenkreuze zu verliehen, ist aber dem Staat vorbehalten.

Die in die Binnenzugangene Reichsregierung hat bestanden aus hunderttausend Schafmarken. Von deren demokratischen Verkaufsmöglichkeit jetzt neben vielen andern ein Beispiel, das die Wiedereinführung von Orden und Ehrenkreuzen vorseht. Nach der Reichsverfassung können Orden verliehen werden, wenn sie ein Amt oder einen Dienst bezeichnen. Orden und Ehrenkreuze zu verliehen, ist aber dem Staat vorbehalten.

Haushaltsbücher

Die Mezzahl (Zwey) spielte in den letzten Jahren im öffentlichen Leben eine große Rolle. Besonders bei Lohnverhandlungen versuchen die Unternehmer an Hand der Mezzahlen nachzuweisen, daß die Lebenshaltungskosten nicht gestiegen seien, eine Lohnerhöhung deswegen überflüssig sei. Dabei ist von Gewerkschaftseite oft genug die Richtigkeit der Behauptungen angezweifelt worden.

Die statistischen Ämter verschiedener Städte geben in den nächsten Wochen Haushaltsbücher heraus. In jeder Stadt sollen sich möglichst viele Familien verpflichten, ein ganzes Jahr hindurch eine U. u. z. a. b. n. nach Marx und Pfennig in diesem Buche aufzuschreiben. Ebenso sämtliche Einnahmen der Familie. Hierdurch wird es in Jahresfrist möglich sein, genau festzustellen, wieviel Teile des Gesamteinkommens eines Arbeiters, Angestellten oder Beamten verbraucht werden müßten zur reinen Ernährung, für Miete usw. und wieviel noch übrig bliebe für Kleidung, Bildungsgewalt u. dergl. Auf diese Art kann sehr genau festgestellt werden, wie hoch der wirkliche Mindestlohn sein muß, um eine Familie aufrecht zu erhalten.

Wollen wir diesen Nachweis aber tatsächlich erbringen, dann ist erste Voraussetzung, daß sich Kollegen finden, die bereit sind, diese Bücher einwandfrei zu führen. Das wird für manche eine ungewohnte Arbeit sein. Noch mehr für die Frau; denn sie ist es doch zumeist, die sich mit den großen Pfennigen beschäftigt. Dennoch möchten wir mit allem Nachdruck an die Mitarbeit unserer Kollegen appellieren, weil hier eine Arbeit geleistet werden soll, die für die ganze Tätigkeit der Gewerkschaften auf lobspolitischem Gebiete von größter Bedeutung ist. Aber auch der einzelne kann seine Vorteile daraus ziehen. Die wenigsten werden im Kopf einen Überblick über das ganze Jahr festhalten können. Bei einer richtigen Führung der Haushaltsbücher kann man von Woche zu Woche, von Monat zu Monat jeden einzelnen Pfennig seiner Ausgaben übersehen.

Wo also diese Bücher ausgegeben werden, bitten wir die Kollegen, sich für die gute Durchführung dieser Arbeit einzusetzen. Es lohnt sich für die Allgemeinheit und für den einzelnen, der sich dieser Aufgabe unterzieht.

Schriftenschau

Im Land der billigen Kohle. Herausgegeben vom Verband der Bergarbeiter in Böhmen. In dieser 156 Seiten starken Schrift schildern zwei Vertreter des Bergarbeiter-Verbandes, Husmann und Dr. Berger, was sie auf ihren Streiktagen durch amerikanische Kohlenbezirke gesehen haben. Es wird darin die Arbeitsweise, der Lebensstand und die gewerkschaftliche Organisation der Bergleute Nordamerikas von den beiden deutschen Sachleuten behandelt. Da das Buch in einfacher Sprache geschrieben und mit Bildern ausgestattet ist, bewirkt es eine eindrucksvolle Vorstellung von der nordamerikanischen Kohlenwirtschaft und dem Leben ihrer Arbeiter.

Kulturwille. Verlag Arbeiterbildungs-Institut, Leipzig, Braustraße 17. Die Nummer 1117 ist der Kunst gewidmet. Wer immer noch daran zweifelt, daß Kunst mit Vergewaltigung, Rechtsbeugung, Willkür und Majestätsverletzungen zu tun hat, der wird beim Lesen dieses Festes eines andern belehrt. Diese Nummer verdient, millionenfach verbreitet zu werden. Preisnummern versendet der Verlag kostenlos.

Das Bauwerk. Jahrbuch des Deutschen Bauingenieurverbandes, Verlag Hamburg, Wallstraße 1. Die neue Schrift des Bauingenieurverbandes, die monatlich erscheint, soll dazu dienen, den jungen und alten Bauarbeitern ein Führer zu sein, um den Sinn für wirklich gute Architektur zu erwecken und zu festigen, den Willen zu schärfen für richtige Konstruktion, für handliches und förderndes Werkzeu, für zweckmäßige Schutzvorrichtungen usw. Die erste Nummer enthält neben dem Geleitwort Aufsätze über Stahlführer, Baukontrolle des Betonens, Sprengarbeiten, Schmelzöfen und dergleichen mehr. Die Nummer zeichnet sich durch guten Druck und einige Silber aus, die das Geschilderte verständlicher machen. Mit diesem Blatt erhält die deutsche Gewerkschaftspreise einen nützlichen Zuwachs.

Florians große Liebe. Von Franz Carl Enders. Verlag Ernst Lidenburg, Leipzig. Preis 1,50 M. Dieser Roman ist einer von denjenigen, den man auf einmal durchliest und am Ende bedauert, daß er nicht noch viel weitergeht. Wir können ihn jedem unserer Kollegen eifrig empfehlen.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern: S-A. 628 41, S-A. 628 42, S-A. 639 90

Mit Sonntag dem 23. Jan. ist der 5. Wochenbeitrag für die Zeit vom 23. bis 29. Januar 1927 fällig.

In letzter Zeit sind häufig Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet worden über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung hätten finden können. Meistens war diesen Anfragen ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigelegt.

Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß sich alle Mitglieder mit ihren Angelegenheiten zunächst an die zuständige Ortsverwaltung zu wenden haben. Nur wenn sich hierbei eine befriedigende Erledigung nicht erzielen läßt, ist die Angelegenheit entweder durch die Ortsverwaltung weiterzuleiten oder von dem Mitglied selbst unter Beifügung eines Ausweises über die Mitgliedschaft dem Vorstand einzureichen.

Zur Beachtung für die reisenden Mitglieder

Ein naturliches Recht auf Empfang von Sozialgeld besteht nicht. Die Auszahlung von Sozialgeld durch die Verwaltung stellen wir freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungsstellen, wo im Adressenverzeichnis vermerkt ist: "Sozialgeld nicht bezahlt", ist das Auffuchen des Kassiers, weil zwecklos, zu unterlassen.

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit 1 bezeichneten Verwaltungsstellen Sozialgeld erhalten. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnorten oder Arbeitsstätten durch die Reisenden hat zu unterbleiben. Stuttgart, Rätestraße 16. Der Vorstandsvorsitz.

Zur Beachtung! + Zugang ist fernzuhalten:

vom Metallarbeitern aller Branchen nach Neuß (Schiffswerft Düsseldorf-Neuß, S. m. b. H.) D.; nach Kattibor 2; von Silberarbeitern nach Berlin S. 1. = Lohnabrechnung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; W. = Wahrung; W. = Wahrung; A. = Auslieferung. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von dem Ortsverwaltungsausschuss oder der Bezirksleitung an den Vorstand eingereicht werden und ausdrücklich begründet sein. Arbeitsunfähige Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der bestmögliche Ort nicht in der Zeitung genannt ist, Geltendmachung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, was eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzufordern. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zuerst angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzustempeln zu lassen. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rätestraße 16